

Stärkt die Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche !

Beitrag für die zweite
Beratungskonferenz 10.Juni 2021

von Wolfgang Ehmke



Stichwort “Beteiligung”

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BaSE) bewirbt auf ihrer Homepage die Fachkonferenz Teilgebiete mit diesem Text/bzw. Versprechen:

„Bürgerinnen und Bürger können den Auswahlprozess für ein Endlager mitgestalten und auf verschiedenen Ebenen Einfluss nehmen.“

Problem:

Mitgestaltung setzt neben Informiertheit, dem Meinungsaustausch unter den Bürger:innen und der Konsensfindung innerhalb der Zivilgesellschaft auch formelle Beteiligungsrechte und Augenhöhe im Dialog mit den anderen Playern des Suchverfahrens voraus

Das ist/wurde im ersten Verfahrensschritt nicht oder nur in Ansätzen eingelöst und steht als Konflikt für den zweiten Schritt der Phase I im Raum

Rollen und Rollenkonflikte

Der Vorhabensträger, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) ermittelt die Teilgebiete... (§3)

Bundeseigene Firma, hierarchisch strukturiert, weisungsgebunden, Haushaltsmittel

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (**BaSE**) prüft die Vorschläge des Vorhabensträgers, wacht über den Vollzug des Standortauswahlverfahrens (§4) und soll die Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung (§5) umsetzen

Bundesbehörde, hierarchisch strukturiert, weisungsgebunden, Haushaltsmittel, janusköpfige Rollenbeschreibung

Das Nationale Begleitgremiums (**NBG**) hat eine Mittlerfunktion (§8) und ist nicht Teil der Zivilgesellschaft

Angedockt ans Umweltbundesamt, pluralistische Zusammensetzung, u.a. Zufallsbürger:innen, kleiner Etat, wertvoll - aber Manko u.a. durch Verfahrensbeteiligung (Geodaten), Einfluss der Länder

Übermacht der Behörden und Ressourcenungleichgewicht

Die Mitgestaltungsmöglichkeiten, die der Zivilgesellschaft lt. StandAG zugeschrieben werden, sind in der Anfangsphase der Endlagersuche nur schwach entwickelt

Die Fachkonferenz Teilgebiete (von der Zusammensetzung „Zivilgesellschaft“ im weitesten Sinne) verfügt/e:

- weder über ein eigenes Budget
- auch nicht über eine eigene Geschäftsstelle
- hat keine eigene Internetplattform
- kann/konnte keine eigene wissenschaftliche Expertise „bestellen“, sondern muss/musste auf die Berichte der Staatlichen Geologischen Dienste, Expertisen, die das NBG, Kreistage, Bürgerinitiativen und Umweltverbände in Auftrag gegeben hatten, Zeitungsberichte und eigenes Engagement setzen
- die Moderationscrew für die Fachkonferenz wurde vom BaSE ausgewählt

Vorbereitungsgruppe setzt keine klaren Akzente

Bei der Auswahl der Referent:innen wurde **zu wenig darauf geachtet**, den Vertreter:innen der Zivilgesellschaft einen **klaren, deutlichen Vorrang** einzuräumen, stattdessen kamen das BaSE, die BGE und die NBG auch dann zu Wort, wenn Positionen auch von NGO's hätten besetzt werden können – **kein „Wir-Gefühl“**

Es wurde nicht eindeutig erklärt/geklärt, dass eine Kritik am BGE-Zwischenbericht, die **wirkmächtig** wird, **nur als** eine **Stellungnahme der Fachkonferenz Teilgebiete** formelle Berücksichtigung (§5.2) findet – nach Beratung und Beschlussfassung im Rahmen der Fachkonferenz

Es fehlt bis heute die Klärung, dass Kommentare, Anregungen, wissenschaftliche Gutachten aus den betroffenen Regionen willkommen sind und dass der **Schlussbericht** neben den **zielführenden Anträgen und Abstimmungen auf den Beratungskonferenzen u.a. aus der Summe dieser einzelnen Teile** besteht

Die **Hürde** für eine Mitsprache, Mitwirkung, für Fragen, Rückfragen, Anregungen und Kritik lag **deutlich zu hoch**

Voneinander lernen

“Protest ist ein Indikator gesellschaftlicher Krisen“, schreibt Philipp Gassert. Er indiziere gesellschaftliche Krisen und Kommunikationsdefizite. [Philipp Gassert, Bewegte Gesellschaft, Stuttgart 2018](#)

Doch viele Beteiligte, die jetzt im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete in die Atommülldebatte ganz neu einsteigen, kennen diese historische Dimension nicht!

Das Lernen aus der Anti-Atom-Geschichte und auch aus anderen Großkonflikten (Startbahn West - Stuttgart 21 – Klimabewegung): diese gesellschaftliche Expertise blieb im Rahmen der Fachkonferenz weitgehend ungenutzt!

Auch innerhalb der Zivilgesellschaft kann und muss voneinander gelernt werden.

Protestkultur und legitimierte Macht

Patrizia Nanz, die neue Vizepräsidentin des BaSE, die zuvor u.a. am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) lehrte, sagt dazu:

„Parlamente und Verwaltungen werden ihre demokratisch legitimierte Macht auch zwischen den Wahlen stärker mit den Bürgerinnen und Bürgern teilen müssen.“

Sie fügt hinzu: „Und natürlich gibt es Entscheidungsträger, die befürchten, an Gestaltungsmacht und Einfluss zu verlieren. Sie verkennen leider, dass gerade das Festhalten am Status Quo zu einem viel drastischeren Verlust an Anerkennung, Einfluss, Legitimation und Gestaltungsmacht führt.“

Patricia Nanz, Anne Ulrich. Interview: Für eine neue Kultur der Beteiligung, <https://www.boell.de/de/2013/12/19/fuer-eine-neue-kultur-der-beteiligung>, 19. Dezember 2013.

Akzeptanz vs. Mitgestaltung

Es reicht eben nicht, wenn im StandAG das Ziel einer Öffentlichkeitsbeteiligung wie folgt beschrieben wird:

„Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und damit auch von den Betroffenen **toleriert** werden kann.“ (§5.1)

Mitgestaltung bedeutet auch Einflussnahme und setzt voraus, dass diese gesetzliche Vorgabe umgesetzt und mit Leben erfüllt wird:

„Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit wird entsprechend fortentwickelt. Hierzu können sich die Beteiligten über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinaus weiterer Beteiligungsformen bedienen.“ (§ 5.3)

Die Endlagersuche ist kein Planspiel

Ein dauerhafter Einschluss hochradioaktiver Abfälle in einem tiefengeologischen Lager, die Standortsuche und Standortbenennung ist letztlich **nicht gegen die Zivilgesellschaft durchsetzbar**, es sei denn wie Gorleben-Zeiten mit dem Polzeiknüttel

Wer Beteiligung nur als **Mittel der Akzeptanzbeschaffung** versteht, ist **blind gegenüber der gesellschaftlichen Dynamik**, die schon bei der Benennung obertägig zu erkundender Standortregionen aufbrechen wird.

Im Anschluss, bei der Benennung von Standorten für die untertägige Erkundung wird sich der **Konflikt verschärfen**

Die Endlagersuche ist am Ende kein Planspiel, kein aseptisches Verfahren: **Es wird eine emotionale Achterbahnfahrt**. Auch latente Konflikte werden aufpoppen - zwischen Ost und West, zwischen Süd und Nord

Sicherheitsgurte

Der Hinweis auf Beteiligungsangebote, die in den kommenden Phasen im StandAG angelegt sind (Regionalkonferenzen, Fachkonferenz Rat der Regionen, §§ 11,12) und die Legalplanung laufen an dieser Stelle ins Leere

Die entscheidende Frage ist: Werden die **Sicherheitsgurte** bei der Achterbahnfahrt halten?

Das StandAG propagiert ein „**lernendes Verfahren**“ – das muss auch erkennbar seinen Niederschlag finden. U.a. sind Rücksprünge im Verfahren zwar möglich, im Gesetz aber nicht klar geregelt

Zunächst – in den nächsten drei Jahren - muss um es mehr als eine informelle Beteiligung geben, wir plädieren für die **Fortsetzung einer formellen Beteiligung** bis zur Ausweisung von zu erkundenden Standortregionen und die **Selbstorganisation** der Zivilgesellschaft

Selbstorganisation der Zivilgesellschaft ausbauen!

Die Zivilgesellschaft muss im Endlagersuchverfahren gegenüber BASE, BGE, NBG...
gleichgewichtiger Player sein

Mitbestimmungsrechte der interessierten Öffentlichkeit, der betroffenen Kommunen und
ihrer Räte, der Bürgerinitiativen und Umweltverbände müssen verstetigt und ausgebaut
werden

Selbstorganisation ist notwendig, nur Eigenständigkeit gepaart mit fachlicher Substanz
ermöglichen „Augenhöhe“

Phantasievoller Protest, Fundamentalkritik und Verweigerung gehören dazu, das legt
Partizipationsdefizite offen und befördert ein lernendes Verfahren

Aus Gorleben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten



Aus Gorleben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten

Ausgangspunkt: „Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am auszuwählenden Standort ist zulässig, wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist.“ (StandAG)

Aktuell: Breites Bündnis fordert Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses zum Schacht Konrad 2002, Antrag wurde am 27.5.21 beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht

Grund: Schacht Konrad 70er Jahre Projekt wie Gorleben, ohne vergleichendes Suchverfahren als Standort „bestimmt“. Genehmigt nach den „Sicherheitskriterien“ RSK 1983. Ggf. hieße das Errichtung eines dritten Endlagers, siehe Stand-AG und EndSiUntV – hier gelten viel schärfere „Sicherheitsanforderungen“ Stand AG §21.1

Ausweg: Aufgabe des Schacht Konrad - das laufende, vergleichende Suchverfahren nutzen für einen **wissenschaftsbasierten Umgang mit allen Arten von Atommüll**

Manko: großer F+E Bedarf in Verbindung mit dem „Co-disposal“ Konzept

Aus Gorneben lernen heißt: Auf Schacht Konrad verzichten

Vielen Dank für Ihre/eure Aufmerksamkeit

Wolfgang Ehmke